

Gilberto Calcagnotto

## Politische Kultur und Demokratisierung

### 1. Politische Einstellungen und Demokratisierung im Übergang vom Militärregime zur Demokratie

Die Entwicklung der politischen Kultur seit 1974, als der damalige Präsident, General Geisel, die politische Öffnung einleitete, bis zu ihrem Abschluß mit der Direktwahl des Präsidenten im Dezember 1989 ist Gegenstand von umfassenden Studien gewesen, deren Ergebnisse jüngst vorgelegt wurden.<sup>1</sup> Sie liefern Anhaltspunkte dafür, daß sich die *demokratische* politische Kultur in Brasilien im Rahmen eines erstaunlich autonomen Spielraums kontinuierlich, wenn auch unterschiedlich schnell, ausbreitete.<sup>2</sup>

1. Als Reaktion auf den Anfang der 70er Jahre gegen die *Stadtguerrilla* offen ausgeübten Staatsterror gewann die Forderung nach Wiedereinführung formal demokratischer Rechte allgemein an Akzeptanz.
2. Mit der politischen Öffnung ab 1974 fanden sich auch die Wirtschaftseliten zunehmend bereit, ihren Unmut über die seit Ende 1973 zurückgehenden Wachstumsraten öffentlich zu äußern; eine Art *Sozialisierung der Unzufriedenheit* stellte sich ein.
3. Die *soziale und ökonomische Modernisierung* (Land-Stadt-Migration, städtische Arbeitnehmerschaft, neue Mittelschichten, Ausweitung der Lohnarbeit auf Frauen und Jugendliche, Vertiefung der kapitalistischen Verhältnisse) brachte neue soziale Kräfte mit sich und machte das heutige Brasilien zu einer urbanen Gesellschaft (drei Viertel der Bevölkerung wohnen in den Städten), in der sich die Schulbildung (wenn auch ungleichmäßig) verallgemeinert hat, und in der die Medienindustrie mit der Schaffung eines enormen Informationsmarktes eine erhebliche Einflußposition erlangte.

---

1 Untersuchungen dreier Forschungsinstitute in São Paulo (das Meinungsforschungsinstitut *Data Folha*, das *Centro de Estudos de Cultura Contemporânea*, CEDEC, und die Abteilung für Politische Wissenschaft der Universität São Paulo, USP), vgl. Moisés 1993, Albuquerque 1992 und Balachevsky 1992.

2 Vgl. Moisés 1993: 163f.; Calcagnotto 1992: 157-178.

4. Im Rahmen des von den Militärs zugelassenen *semikompetitiven Wahlsystems* (Lamounier) fanden regelmäßig Parlamentswahlen statt, die zum Anlaß wurden für eine Infragestellung des Regimes an sich und zudem der Stimmabgabe einen plebiszitären Charakter verliehen; dies wiederum spaltete die herrschenden Eliten, und das Militärregime mußte laufend Legitimationsverluste hinnehmen.

Der Wandel politischer Einstellungen verlief parallel zu diesen Strukturveränderungen und erreichte mit der Durchführung von direkten Gouverneurswahlen<sup>3</sup> im Jahre 1982 einen Wendepunkt, denn nun wurde deutlich, daß die Militärregierung es mit der Redemokratisierung ernst meinte. Bis zur Durchführung von direkten Präsidentschaftswahlen im Jahre 1989 waren die Erfahrungen mit den neuen Regierungen der Bundesstaaten und der seit 1985 bestehenden zivilen Zentralregierung meist jedoch ernüchternd: Die *performance* der direkt gewählten Gouverneure blieb auch nach fast zwei vollen Amtsperioden zumeist weit hinter den Erwartungen zurück; die massenhafte Bewegung zugunsten der sofortigen Durchführung von direkten Präsidentschaftswahlen scheiterte 1984 an einem bis dahin für veränderungswillig gehaltenen Parlament; die Euphorie des *Cruzado*-Planes 1986 endete nach einem neunmonatigen Preisstopp in einer beispiellosen *Katerstimmung*, als sich der Wirtschaftsstabilisierungsplan nach der Preisfreigabe knapp eine Woche nach den Novemberwahlen desselben Jahres als gigantisches Wahlmanöver entpuppte. 1987 bis 1988 geriet das Land in eine *Krise der Unregierbarkeit*, da der Verfassungsgebende Kongreß in entscheidenden Fragen (Dauer der Amtszeit des amtierenden Präsidenten, Einführung des Parlamentarismus) dem Willen der Exekutive Widerstand ankündigte.

Damit waren also keine guten Startbedingungen für einen positiven demokratischen Wertewandel gegeben.<sup>4</sup> Trotzdem wuchs die demokratische Einstellung bei der brasilianischen Bevölkerung in diesen beiden Jahrzehnten beinahe kontinuierlich (Tabelle 1).

Der Anteil derjenigen, die ein politisches Engagement der Militärs befürworteten, ging ständig zurück. Zunächst schwankte der Anteil der Befürworter politischer Parteien noch stark, stieg aber nach dem Ende der unsicheren Übergangszeit vom Militärregime zur *Neuen Republik* (1985-1990) deutlich an. Daß freilich knapp die Hälfte der Befragten sich nicht positiv äußerte, ist ein weiteres Zeugnis für die anhaltende Schwäche des Parteiensystems. Zugunsten eines Stimmrechts für Analphabeten sprach sich seit Anfang der 80er Jahre eine solide absolute Mehrheit der Befragten aus, obwohl man angesichts der Komplexität des demokratischen Übergangs in Zeiten der Wirtschaftskrise durchaus auch das Gegenteil hätte erwarten können.

---

3 Der Gouverneur ist dem Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes vergleichbar. (Anm. d. Red.)

4 Moisés 1993: 165-167.

Tabelle 1: *Einstellungen zu demokratischen Institutionen und politischer Partizipation in Brasilien 1972-1990; in %<sup>a</sup>*

	1972	1982	9/1989	12/1989	1990
Einstellungen zu demokratischen Institutionen:					
Für Militärengagement in der Politik	79	52	46	42	36
Für politische Parteien <sup>b</sup>	51	71	50	49	53
Gegen Kontrolle von Gewerkschaften und Streiks <sup>c</sup>	7	42	62	60	70
Einstellungen zur politischen Partizipation:					
Für Direktwahlen/Wahlbeteiligung <sup>d</sup>	57	82	61	66	71
Für Ausweitung des Wahlrechts auf Analphabeten <sup>e</sup>	38	60	58	59	56
Einverstanden mit »Die Leute wissen, wie sie wählen sollen« bzw. »Die Leute sollen sich dazu äußern, wie die Gesetze auszusehen haben« <sup>f</sup>	50	47	49	52	-

- a Die Aussagekraft dieses diachronischen Vergleichs kann wegen der unterschiedlichen Bezugsgröße lediglich als richtungsweisend bezeichnet werden. Die Befragungen von 1972 und 1982 wurden nur im Südosten Brasiliens sowie in einigen Landeshauptstädten durchgeführt, die Befragung von 1989 (N = 2083 bzw. 2506) und 1990 (N = 2480) hingegen bei der gesamten brasilianischen Wahlbevölkerung.
- b Die Fragen lauteten: »Sollen die Parteien mehr Macht erhalten?« (1972), »Sind die Parteien fähig, eine nützliche Aufgabe für die Gesellschaft zu erfüllen?« (1982), »Wäre die Zulassung einer einzigen Partei besser für das Land?« (1989) und »Sind die Parteien unerlässlich für die Demokratie?« (1990).
- c Die Frage lautete 1990: »Hat die Regierung das Recht, Truppen einzusetzen, um Streiks zu unterdrücken?«
- d Die Frage bezog sich 1972 auf Direktwahlen für das Gouverneursamt und 1982 auf die Direktwahlen für die Präsidentschaft; 1989 lautete die Frage: »Würden Sie sich an der Wahl beteiligen, wenn es keine Wahlpflicht gäbe?«
- e Die Frage lautete 1989 und 1990: »Würden Sie das Wahlrecht einem Menschen ohne Schulbesuch zugestehen?«
- f Die Frage lautete 1989: »Hat die Bevölkerung eine Vorstellung darüber, wie die Gesetze auszusehen haben?«

*Quellen:* Für 1972 und 1982: Rochon/Mitchel 1987. Für 1989 und 1990: CEDEC/Data Folha/Abteilung Politische Wissenschaft der Universität von São Paulo: Forschungsprojekt »Cultura Política e Consolidação Democrática no Brasil«, zitiert nach: Moisés 1993: 164.

Auch die Sympathie für eine gewerkschaftliche Betätigung *ohne* staatliche Kontrollen stieg praktisch ununterbrochen an. Bei der Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, selbst wenn die Wahlpflicht nicht mehr bestünde, fand ein sprunghafter Anstieg im Jahr 1982 statt, als die ersten direkten Gouverneurswahlen unter der Militärregierung stattfanden. Die dann einsetzende verminderte Bereitschaft bis 1989 zeugt von der erheblichen Skepsis, mit der ein großer Anteil der Wähler den Wahlen gegenüberstand, wenn – wie unter Sarney – ein- und dieselbe Partei, nämlich der PMDB, sich gleichzeitig als Regierungs- und als Oppositionspartei zu profilieren suchte; am Ende der Amtszeit von Sarney wurde auch dieses Kapitel demokratischer Ambivalenz als abgeschlossen angesehen, und die Zustimmung zur freiwilligen Wahlbeteiligung holte verlorenes Terrain rasch wieder auf.

Eine *entscheidende Verfestigung* der demokratischen Einstellungen in den Jahren 1989 und 1990 kommt in den Antworten bezüglich des politischen Interesses und der politischen Beteiligung zum Ausdruck. Zwei Drittel der Befragten waren sich des Einflusses der Politik auf ihr Leben sehr bewußt. Zwar erklärte nur wenig mehr als die Hälfte der Befragten, sich für Politik zu interessieren, und nur ein Drittel war sich über die eigenen politischen Einflußmöglichkeiten im Klaren; doch statt sich in die Interesselosigkeit zurückzuziehen, gaben die meisten Befragten (zwischen der Hälfte und zwei Dritteln) an, sich ihre politischen Informationen bei Fernsehen oder Zeitungen zu holen. Eine positive Einstellung zur politischen Partizipation kommt in weiteren Fragen zum Ausdruck: Zwei Drittel der Befragten würden wählen, selbst wenn die Wahlpflicht abgeschafft würde; rund die Hälfte der Befragten äußerte eine eindeutige Präferenz für eine bestimmte Partei; und ein Drittel würde sich politisch engagieren, selbst wenn dies persönlichen Einsatz mit sich bringen würde (beispielsweise die Bemühung, Freunde zu überzeugen).

Auch die *Präferenz für ein demokratisches Regime* statt für ein autoritäres oder statt einer gleichgültigen Einstellung findet eine eindeutige Mehrheit, wie Tabelle 2<sup>5</sup> in einem Länder- und Zeitvergleich zu entnehmen ist: Ihr Anteil übertraf den der Befürworter eines autoritären Regimes um mehr als das Dreifache. Verglichen mit der Situation des politischen Überganges in anderen Ländern wie Argentinien und Chile, erweist sich dieser Anteil in Brasilien freilich als erheblich geringer.

---

5 Die in den Tabellen 2 bis 6 nach Moisés 1993 zitierten Quellen lauten vollständig: Cohen (1979): *Popular Support for Authoritarian Governments: Brazil under Medici*. – CEDEC/Data-Folha/Departamento de Ciência Política-USP (1989/90): *Cultura Política e Consolidação Democrática no Brasil*. Forschungsprojekt - Flisfisch, A. (1987): »Consenso democrático en el Chile Autoritario«, in: Lechner 1987. Gabriel, O. W. (1990): *Cambio Social y Cultura Política. El Caso de la República Federal de Alemania*. Barcelona. Lechner, Norbert u. a. (Hrsg.) (1987): *Cultura Política y Democratización*. Santiago (FLACSO) – Muszinski, J./Mendes, A. (1990): »Democratização e Opinião Pública no Brasil«, zit. nach Lamounier, Bolívar (1990): »Antecedentes, riscos e possibilidades do Governo Collor«, in: ders. (Hrsg.) (1990): *De Geisel a Collor. O Balanço da Transição*. São Paulo, 13-35.

Tabelle 2:

*Präferenz für das demokratische Regime in Brasilien und anderen Ländern 1962-1990 (in %)*

	Brasilien			Chile		Argen- tinien	Deutschland		
	1988	9/1989	12/1989	3/1990	1986	1988	1962	1972	1976
Aussagen									
Demokratie ist besser als jede andere Regierungsform	43	44	55	56	56	74	74	90	90
Manchmal ist eine Diktatur besser als Demokratie	21	19	15	17	15	13	4	7	6
Gleichgültig, ob Demokratie oder Diktatur	26	22	16	17	26	10	22	3	4
Weiß nicht, keine Antwort	10	15	14	10	4	3	-	-	-

*Quellen:* Argentinien: Muszinski/Mendes (1990); Brasilien: Muszinski/Mendes (1990) und CEDEC u. a. (1989/90); Chile 1986: FLASCO-Chile; 1988: Muszinski/Mendes (1990); Deutschland: Gabriel (1990), zitiert nach Moisés 1993: 171.

Der demokratische Rückstand Brasiliens erklärt sich teils aus der historisch schwachen Herausbildung nationaler Parteien, teils aus dem wirtschaftlichen Erfolg des autoritären Militärregimes. In Chile und Argentinien konnte das bereits Ende des 19. Jahrhunderts voll konsolidierte Parteiensystem eine Schlüsselrolle im Übergang vom autoritären Militärregime zur Demokratie spielen. In Brasilien hingegen blieb das vom Militärregime zunächst auferlegte Zwei-Parteiensystem etwas Künstliches, und das 1979 wiedereingeführte Mehrparteiensystem befindet sich noch immer in einer Konsolidierungsphase. Außerdem hatte das autoritäre System in Brasilien – anders als in Argentinien – durchaus wirtschaftliche Erfolge vorzuweisen. Als Anbieter dieser positiven Leistungen erwarben sich die Militärregierungen (ab 1974 allerdings in abnehmendem Maße) eine gewisse *Leistungslegitimation*, die zu einer breiten Demobilisierung und Entpolitisierung führte. Infolgedessen sank das allgemeine Politikinteresse auf ein so niedriges Niveau, daß die Bevölkerung das autoritäre System nicht als solches zu erkennen und entsprechend abzulehnen vermochte. Die Nachwirkung populistischer Traditionen<sup>6</sup> und sozioökonomische Faktoren (zum Beispiel ungleiche Einkommensverteilung bei hohen Wirtschaftswachstumsraten) verhinderten eine höhere Politisierung der Wahlbevölkerung. Trotzdem konnten weder der wirtschaftliche Erfolg der autoritären Regime noch die populistische Manipulation noch die Schwäche des Parteiensystems die wachsende Präferenz für Demokratie entscheidend aufhalten oder verhindern. Wie erklärt sich diese offensichtliche Inkonsistenz der politischen Einstellung? Auf der Suche nach einer Erklärung erstellt Moisés in Anlehnung an Neumanns *theory of the three publics*<sup>7</sup> eine *Politisierungsskala* mit drei Positionen<sup>8</sup> auf (Tabelle 3).

Für eine politisch hoch entwickelte Gesellschaft nimmt Neumann eine ungefähre Verteilung im Verhältnis 5:75:20 an. In einer Gesellschaft wie der brasilianischen, mit verbreitet niedrigem Bildungsniveau, dürften laut Moisés die Verhältnisse eher bei 10:50:40 liegen. Die Inkonsistenz der politischen Einstellungen bei den Befragten würde demnach aus dem hohen Prozentsatz der politisch Desinteressierten herühren. Die *politisch Interessierten* können demgegenüber dem politischen Diskurs folgen und sich selbst politisch einordnen, sind aber nicht fähig, die politischen Begriffe in ihrem Gesamtzusammenhang zu begreifen. Dies wiederum läßt auch hier einen gewissen Grad an Inkonsistenz zu.

6 Etwas politische Partizipation, viel politische Manipulation, vgl. Moisés 1993: 172.

7 Neumann 1986.

8 *Politisch Aktive, politisch Informierte, politisch Desinteressierte*. Die dreistufige Skala ist kumulativ geordnet: Die erste Stufe gibt lediglich einen gewissen Grad der Mobilisierung politischer Informationen wieder; auf die zweite Stufe kommen solche Antworten, die eine Relevanz von Politik für das eigene Leben bejahen (und somit die erste Stufe voraussetzen); der dritten und höchsten Stufe werden schließlich solche Antworten zugeordnet, die die Fähigkeit zu einer differenzierten politischen Begriffsbildung attestieren (und somit die beiden ersten Stufen voraussetzen).

Tabelle 3: Niveau der Politisierung nach Regionen, 1972 und September 1989 (in %)

Typen	1972	September 1989				
	Südosten	Politisierungsniveau	Südosten	Brasilien	Land	Stadt
Ideologen	4	Hoch	13	11	4	14
Gruppenbezogene	10	Mittel	45	43	33	46
Nichtpolitisierte	86	Niedrig	42	46	63	40
	N = 1.147		N = 1.685			

*Quellen:* Für 1972: Cohen (1979); für 1989: CEDEC u. a. (1989/90), zitiert nach Moíses 1993: 175.

Tabelle 3 stellt einen grob annähernden Vergleich zwischen der Situation im Jahre 1972 und der im Jahre 1989 im Hinblick auf den jeweiligen Stand der Politisierung dar. Auffallend ist erstens der hohe Anteil von *politisch Desinteressierten* im Jahre 1972, was als Ergebnis der unter Médici herrschenden politischen Unfreiheit gewertet werden kann: Zwei Jahre später, als die Regierung Geisel relativ freie Parlamentswahlen zuließ, mußte das Militärregime eine schroffe Niederlage einstecken. Zweitens ist auf den starken Zuwachs der beiden höheren Politisierungsstufen in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten hinzuweisen; er stellt ein mittelbares Ergebnis des veränderten Verhältnisses der gesellschaftlichen Gruppen untereinander und zum Staat dar.

Tabelle 4 zeigt, daß die höchste Politisierung in den Mittel- und Großstädten zu finden ist. Der Dreifuß der politischen Partizipation – Einkommen, Bildung, Beschäftigung – korreliert jeweils positiv mit dem Politisierungsniveau; das heißt, der Politisierungsstand ist um so höher, je größer das Munizip und je höher der Bildungsstand beziehungsweise das Einkommen sind. Doch die lang anhaltende Wirtschaftskrise der 80er Jahre brachte eine weitere Verschärfung der sozioökonomischen Ungleichheiten mit sich, die eigentlich einen Rückfall in antidemokratische Positionen hätte vermuten lassen können. Stattdessen trat eine fortschreitende Differenzierung des politischen Bewußtseins ein. Daraus ist zu folgern, daß ein Rückgang der Inkonsistenz demokratischer Einstellungen durchaus mit einer Verschärfung sozialer Diskrepanzen einhergehen kann. Die Frage nach einer spezifischen Erklärung dieser Inkonsistenzen bleibt daher zunächst offen.

Tabelle 4:

*Politisierungsgrad brasilianischer Wähler nach Größe der Municipien, Höhe des Einkommens und Bildungsstand 1989 (in %)*

Politisierungsgrad	Größe des Municipis			Einkommen			Bildungsstand		
	Klein	Mittel	Groß	Mindestlöhne			Bildungsstufe		
				0 - 5	5 - 10	> 10	1.	2.	3.
Niedrig	59	35	38	51	30	18	56	28	10
Mittel	35	52	46	42	54	51	39	55	47
Hoch	6	13	16	7	16	31	5	17	43

*Quellen:* CEDEC u. a. (1989/90), zitiert nach: Moisés 1993: 177.



Moisés prüft zwei Erklärungshypothesen, die er nacheinander verwirft. Erstens: Der Behauptung, die Demokratie sei besonders für die unteren Einkommensschichten wenig relevant, hält er die These entgegen, daß demokratische Einstellungen nicht wie Pakete ausgeliefert würden, und daß es folglich nicht lediglich eine Frage der Zeit sein könne, bis alle Inkonsistenzen ausgeräumt sind;<sup>9</sup> eine solch lineare Entwicklung sei mit den Ergebnissen in den Tabellen 3 und 4 nicht zu vereinbaren. Eine zweite Erklärungsvariante geht davon aus, daß die Auflösung der Inkonsistenzen lediglich ein Ausdruck der noch unvollkommenen Vertrautheit der Bevölkerung mit den demokratischen Institutionen darstelle. Dann bleibe aber offen, warum bestimmte demokratische Erfahrungen in einem Land zu einer konsequent demokratischen Kultur führten, in einem anderen jedoch nicht. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Zeitvergleiche stellt Moisés seine eigene These auf: Demokratische Einstellungen und Glaubenssätze bilden sich in weitgehend autonomen Spielräumen heraus, und entwickeln inmitten der ambivalenten Beziehungen zwischen Modernisierung und tradierter Kultur eine eigene »Schwerkraft«:

Die Herausbildung demokratischer Institutionen und die Entstehung einer (konsequent, G. C.) demokratischen Kultur werden durch die widersprüchlichen Auswirkungen dieser Schwerkraft gebremst. Neue Einstellungen werden nicht konsequent vertreten, bestimmte Bereiche des politischen Lebens werden ausgespart, und die bloße Existenz demokratischer Institutionen reicht nicht aus, um die Bürger an die Anforderungen der demokratischen Praxis zu gewöhnen. Der Prozeß der Legitimation von Demokratie impliziert Überzeugungsarbeit und also auch eine bewußte Aktion von Seiten der politischen Parteien und anderer Akteure.<sup>10</sup>

Erschwerend hinzu kommen die negativen Auswirkungen von Enttäuschungen seitens der Wähler wegen fortgesetzter politischer Fehlleistungen und Korruptionsfälle gerade von demokratisch gewählten Amtsinhabern.<sup>11</sup> Um seine These empirisch zu erhärten, vergleicht Moisés die zusammengefaßte  $\pm$  Einstellung mit ihren Bestandteilen;<sup>12</sup> Tabelle 5 faßt die Ergebnisse zusammen:

---

9 Vgl. Converse 1964.

10 Moisés 1993: 178.

11 Vgl. nächsten Abschnitt.

12 Es handelt sich um eine Guttman-Skala mit zwei extremen Positionen (Autoritarismus und Demokratie) und einer mittleren Position.

Tabelle 5:

Konsistenz von Einstellungen und Meinungen zur Demokratie nach Position auf der Demokratie-Autoritarismus-Skala, September 1989 (in %)

Position auf der Skala	Bevorzugtes politisches System			Interesse an Politik		Politik beeinflusst das eigene Leben		Wahlrecht für Analphabeten		Wahlbeteiligung, auch ohne Wahlpflicht		Unterhält sich über Politik	
	Demo- kratie	Gleich- gültig	Diktat- ur	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Demo- kratisch	69	15	16	74	26	79	21	67	33	73	27	66	34
Mittel- stellung	44	28	28	66	34	63	37	60	40	59	41	45	55
Autoritär	34	38	28	57	43	55	45	46	54	53	47	39	61
Insgesamt	52	25	23	67	33	67	33	59	41	63	37	52	48

Quellen: CEDEC u. a. (1989/90), zitiert nach Moisés 1993: 180.

Ende der 80er Jahre war ein Schritt vorwärts in Richtung auf eine Stabilisierung und Konsolidierung der Demokratie in Brasilien getan; über zwei Drittel der Befragten, die dem Autoritarismus abgeneigt sind, gaben konsistent positive Antworten auf die Fragen nach ihrer Zustimmung zum demokratischen Regime, ihrem Interesse an Politik, dem Einfluß von Politik auf ihr Leben, einer eventuellen Befürwortung vom Wahlrecht für Analphabeten, der persönlichen Wahlbeteiligung selbst nach Abschaffung der Wahlpflicht und danach, ob sie sich über Politik unterhalten. Mit Moisés<sup>13</sup> kann man die Schlußfolgerung ziehen, daß die absolute Mehrheit der Wähler konsistent demokratische Einstellungen vertritt und daß sie die Existenz eines bestimmten Entscheidungsspielraums erkennt, auf den sie Einfluß zu haben glaubt.

Tabelle 6: *Demokratischer und antidemokratischer Konsens/Dissens nach Anteil der Befürworter und Gegner des demokratischen Regimes*

Befürworter der Demokratie (in %)	Gegner der Demokratie (in %)	Stufe
0 - 25	75 - 100	Antidemokratischer Konsens
25 - 40	60 - 75	Antidemokratischer Dissens
40 - 60	40 - 60	Dissens
60 - 75	25 - 40	Demokratischer Dissens
75 - 100	0 - 25	Demokratischer Konsens

*Quelle:* Flisfisch 1987, zitiert nach Lechner u. a. 1987, zitiert nach Moisés 1993: 183.

<sup>13</sup> Moisés 1993: 181-184.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein Anteil von der Hälfte bis zu zwei Dritteln konsistent demokratisch eingestellter Wähler für eine längerfristige Konsolidierung der Demokratie ausreicht. Die Meinungen gehen auseinander: Die einen sagen, ein *Minimalkonsens* über die grundlegenden Spielregeln muß vorhanden sein.<sup>14</sup> Die anderen gehen von einer *konfliktiven Demokratie-Auffassung* aus, in der auch nicht-demokratische Minderheiten Platz haben können.<sup>15</sup> Moisés sieht es als realistischer an, in Anlehnung an Flisfisch<sup>16</sup> fünf verschiedene Stufen zu unterscheiden, die von einem antidemokratischen Konsens über einen intermediären demokratisch-antidemokratischen Dissens bis hin zu einem demokratischen Konsens reichen (Tabelle 6). Demnach befände sich Brasilien auf der Zwischenstufe eines Dissenses, bestenfalls aber auf der eines *demokratischen* Dissenses. Hierbei ist die Anerkennung demokratischer Werte für die Stabilisierung der Demokratie noch nicht hinreichend vorhanden; lediglich eine der dafür *notwendigen* Grundlagen kann dabei als gegeben angesehen werden: das *Legitimitätsreservoir* der intermediären Gruppierung, die Hälfte der Wählerschaft. Da sie zumindest über die politischen Minimalerfordernisse an Kenntnis- und Informationsressourcen verfügt, spielt deren Aktivierung eine Schlüsselrolle bei der Konsolidierung der demokratischen Kultur. Damit stellt sie sich als die Kerngruppe für jede Strategie der längerfristigen Konsolidierung von Demokratie heraus. Ist der Konsistenzgrad demokratischer Einstellungen bereits als *mittelmäßig* anzusehen, so stellt sich die Frage nach der demokratischen Konsistenz des Wahlverhaltens selbst: Inwieweit verhartet der brasilianische Wähler in der für den Präzidentalismus typischen messianischen Erwartung, inwieweit glaubt er zunehmend an die demokratische Kraft der Institutionen?

## 2. Politische Einstellungen und Wahlverhalten: Collors Aufstieg und Fall

Für die konkrete Beurteilung der Konsolidierungschancen von Demokratie in einer Situation des demokratisch-antidemokratischen Dissenses hat der beispiellose Aufstieg und – vielleicht noch mehr – der Sturz von Collor einen paradigmatischen Wert. Denn mit seiner Wahl wurde erstens ein von einer *outsider*-Partei aufgestellter Kandidat zum Präsidenten gewählt, und zweitens wurde mit seinem Sturz ein sonst aller Wahrscheinlichkeit nach straffrei ausgegangener Korruptionsfall mit demokratischen Mitteln einer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt.<sup>17</sup>

---

14 Chalmers 1966.

15 Bobbio 1986.

16 Flisfisch 1987.

17 Vgl. Vasconcelos 1993: 7, 12f.

## 2.1 Collors Wahl

Albuquerque ordnet die Wahlmotivationen in Anlehnung an Alain Touraines Aktionssoziologie in die Kategorien der Identifikations-, Oppositions- und Leistungsorientierung ein. *Identifikationsorientiert* ist derjenige Wähler, der sein Wahlverhalten aus der persönlichen Identifikation mit dem Gewählten aufgrund von gemeinsamen Merkmalen wie Beruf, Region oder Partei ableitet; *oppositionsorientiert* ist jener, der in erster Linie die Bekämpfung von Mißständen, die Entfernung von Hindernissen oder die Niederlage des Gegners anstrebt, und *leistungsorientiert* ist ein Wähler, der die erwartete oder erwünschte Leistung des Kandidaten in den Vordergrund stellt.<sup>18</sup> Zum Zeitpunkt der Wahl waren knapp die Hälfte der befragten Wähler identifikations-, ein Drittel leistungs- und ein Fünftel oppositionsorientiert (Tabelle 7). Gewonnen hat jedoch jener Kandidat, der bei allen drei Kategorien jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte – Collor. Verloren hat derjenige Kandidat, der seinen Wahlkampf zu einseitig auf einen der drei Wählertypen ausrichtete, nämlich Luís Inácio (*Lula*) da Silva, der auf die Identifikation mit seiner Person gesetzt hatte.

Collors stärkste Wählergruppe war diejenige der Leistungs-, seine schwächste die der Oppositionsorientierten.<sup>19</sup> Auf den ersten Blick widersprechen diese Feststellungen der gemeinhin vertretenen Ansicht, in dieser Präsidentschaftswahl seien vor allem die Stimmen der Opposition und der Wille zum Bruch mit dem bestehenden klientelistischen Parteiensystem zum Ausdruck gekommen.<sup>20</sup> Die Regierungsparteien der in ihrem demokratischen Gehalt ambivalenten *Neuen Republik* – die sogenannten *insider*-Parteien – erhielten eine deutliche Abfuhr. Dagegen konnten Parteien, die sich entweder speziell für den Wahlkampf konstituiert hatten (so die von Collor mitbegründete PRN) oder die in Opposition zur *Neuen Republik* standen (so PT, PDT und zum Teil auch PSDB) zusammen 70,8 % der Stimmen auf sich vereinigen, während die Kandidaten der Regierungsparteien der *Neuen Republik* mit lediglich 5,2 % der Stimmen (PMDB: 4,4 %, PFL: 0,8 %; 1987 zusammen über 77 % der Sitze im Abgeordnetenhaus) fast leer ausgingen.

18 Albuquerque 1992: 62-63. – Leider macht die hoch formale Begriffsbildung einen Vergleich mit der oben erörterten inhaltlichen Taxonomie von Moisés schwierig, wenn nicht unmöglich.

19 Albuquerque 1992: 60-61.

20 Vgl. Calcagnotto 1991: 265-282. – Weil Albuquerque's Kategorie des Oppositionswählers lediglich formal nach der Ablehnung eines anderen Kandidaten/Partei/Programms definiert wird, kann sie schlecht durch eine inhaltliche Analyse des Wählerverhaltens falsifiziert oder verifiziert werden.

Tabelle 7:

Kandidatenwahl: Wahlmotivation bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen 1989

	Wahlorientierung			
	Leistungsorientiert	Oppositionsorientiert	Identifikationsorientiert	Insgesamt
Collor	287 58,9 %	66 26,3 %	273 37,2 %	626 42,5 %
Lula	89 18,3 %	43 17,1 %	222 30,2 %	354 24,0 %
Brizola	46 9,4 %	48 19,3 %	100 13,6 %	194 13,2 %
Covas	30 6,2 %	54 21,5 %	82 11,1 %	166 11,3 %
Maluf	35 7,2 %	40 15,8 %	58 7,9 %	133 9,0 %
Insgesamt	487 33,1 %	251 17,0 %	735 49,9 %	1.473 100,0 %
Stichwahl				
Collor	437 80,3 %	175 56,8 %	436 51,6 %	1.048 61,8 %
Lula	107 19,7 %	133 43,2 %	408 48,4 %	649 38,2 %
Insgesamt	544 32,1 %	308 18,2 %	844 49,8 %	1.697 100,0 %

Quelle: Albuquerque 1992: 66.

Albuquerque's Untersuchung liefert mit ihren formalen Kategorien eine indirekte Bestätigung der ablehnenden Haltung der brasilianischen Wähler gegenüber den herkömmlichen Parteien, indem er die Wahlmotivation im Hinblick auf den Kandidaten und auf die Parteipräferenz getrennt untersuchte. Während die Identifikationsorientierten zwar den größten Anteil stellten, verlor der Kandidat (Lula), der sich wahlstrategisch vornehmlich auf sie gestützt hatte (in beiden Wahlgängen bezog er von dieser Gruppe knapp zwei Drittel seiner Stimmen). Der Parteipräferenz nach hätten die Kandidaten solcher Parteien gewinnen müssen, die – wie die PSDB und die PDS – in erster Linie von der größten Wählergruppe nämlich den Identifikationsorientierten, gewählt werden. Der Sieger hingegen holte gerade bei der zweitstärksten Gruppe am meisten auf, nämlich bei den Leistungsorientierten.<sup>21</sup> Die kleinste, die oppositionsorientierte Gruppe wählte im ersten Wahlgang Brizola, Covas oder Maluf, während Lula und Collor jeweils nur 10 % der Stimmen von dieser Gruppe erhielten. Auch bei der Stichwahl war diese Gruppe nicht ausschlaggebend: Oppositionsstimmen machten bei Lula nur rund ein Fünftel der Stimmen, bei Collor gar nur 17 % aus. Collor verdankte mit 58,9 % den leistungsorientierten Wählern, Lula dagegen mit 62,7 % den identifikationsorientierten Wählern das Gros der Stimmen. Wahlentscheidend war freilich, daß Collor auch in der Stichwahl bei allen drei Motivationsgruppen die Mehrheit erlangte.

Die Verteilung der verschiedenen Motivationsgruppen bestätigt, daß die Wähler bei der Kandidatenwahl andere Kriterien zugrundelegen als bei der Parteipräferenz (Tabelle 8): Ausschlaggebend waren bei der *Kandidatenwahl* bereits beim ersten Wahlgang die Leistungsorientierten; bei der Stichwahl fiel der Vorsprung noch deutlicher aus. Bezüglich der *Parteipräferenz* unterscheidet Albuquerque zwischen *kader-*, *kampf-* und *programmorientierten* Motivationen. Dabei sticht der PMDB durch die unterdurchschnittlichen Programmorientierung seiner Wähler hervor; bei PSDB, PDT und PDS ist die Orientierung am *Kader* überdurchschnittlich vertreten; beim PMDB ist dies für *Kampf* der Fall. Ähnlich wie der PT erhält auch die Partei des Siegerkandidaten, PRN, überdurchschnittliche Nennungen für die Position *programmorientiert*. Die ausgeprägtesten Eigenschaften lassen sich beim Vergleich zwischen PT und PSDB feststellen: PT als Opposition, PSDB als Kaderpartei.

Vergleicht man die Tabelle 7 und 8, so kann man Rückschlüsse auf die Beeinflussung der Präsidentenwahl durch die Parteipräferenz ziehen.<sup>22</sup> Leistungs- und Identifikationsorientierung haben großes Gewicht bei der Kandidatenwahl, während bei der Parteipräferenz die kampforientierte Motivation überwiegt.

21 Albuquerque 1992: 68.

22 Die Vergleichbarkeit der Tabellen 7 und 8 ergibt sich für Albuquerque aus folgenden definitorischen Entsprechungen der Motivation bei Kandidatenwahl und bei Parteipräferenz: Identifikationsorientierung/Kaderorientierung, Oppositionsorientierung/Kampforientierung, Leistungsorientierung/Programmorientierung.

Tabelle 8: *Parteipräferenz nach Wahlmotivation in Brasilien (Meinungsumfragen vom März 1990)*

Partei	Wahlmotivation, Orientierung an			
	Programm	Kader	Kampf	insgesamt <sup>a</sup>
PMDB	57 19,2 %	68 26,4 %	89 28,2 %	213 24,6 %
PT	83 28,1 %	30 11,7 %	94 29,7 %	206 23,8 %
PDS	25 8,6 %	35 13,5 %	25 7,9 %	85 9,8 %
PDT	22 7,4 %	32 12,3 %	29 9,3 %	83 9,5 %
PFL	24 8,0 %	21 8,1 %	25 8,0 %	70 8,0 %
PSDB	15 5,3 %	28 10,7 %	3 0,9 %	46 5,3 %
PRN	69 23,4 %	45 17,4 %	51 16,1 %	165 19,0 %
Insgesamt	295 100,0 % 33,9 %	259 100,0 % 29,7 %	316 100,0 % 36,3 %	868 100,0 % 100,0 %

a Die Prozentverteilung bei der Meinungsumfrage weicht von der Sitzverteilung im Parlament erheblich ab. Dies liegt daran, daß die Meinungsumfrage all diejenigen außer acht ließ, die keine Parteipräferenz erklärten oder sich für Parteien mit zu geringen Prozentsätzen aussprachen.

Auftretende Differenzen in den Summen durch Rundungen.

Quelle: Albuquerque 1992: 74.

Die Parteipräferenz beeinflusste also nicht die Wahl des Präsidentschaftskandidaten. Die Ausnahmen (Lula/PT und Mário Covas/PSDB) bestätigen die Regel; denn diese beiden Parteien heben sich von den herkömmlichen Parteien insoweit positiv ab, als sie sich bewußt als Programm- und Kaderparteien profilierten. Die Wähler von Covas im ersten Wahlgang wählten ihn wegen seiner Parteizugehörigkeit; bei Lula war es eher umgekehrt: Die Arbeiterpartei PT wurde gewählt, weil ihr Kandidat Lula hieß. Dies aber galt nur für den ersten Wahlgang. Der zweite Wahlgang brachte den Einfluß der Parteizugehörigkeit wieder auf Null. Der oppositionsorientierte PT-Wähler



hatte also eine andere Motivation als der identifikationsorientierte Lula-Wähler. Aber der PSDB-Wähler hat die gleiche Motivation wie der Covas-Wähler: Opposition.<sup>23</sup>

Die ablehnende Haltung der Wähler dem Parteiensystem und den bestehenden politischen Institutionen gegenüber geht auch aus Meinungsumfragen in der turbulenten Zeit der Regierung Collor sehr deutlich hervor. Collors Wahl kann man also zusammenfassend dahingehend interpretieren, daß sich die Wähler der Notwendigkeit eines Bruchs mit dem verschärft klientelistischen politischen System der *Neuen Republik* sehr bewußt waren. Im ersten Wahlgang fielen alle Kandidaten durch, die sich in der Zusammenarbeit mit den vorhergehenden Regimes – ob Militärregierung oder *Neue Republik* – hervorgetan hatten, und im zweiten Wahlgang siegte der Kandidat, der die Durchführbarkeit dieses Bruchs am besten zu gewährleisten schien: Collor. Mit seinem modernisierenden Reformdiskurs hatte er es verstanden, den Wählern das Image eines tatkräftigen Reformpolitikers zu vermitteln, der nicht nur den Eliten die Leviten zu lesen wagte, sondern auch den *descamisados* (den bettelarmen »Hemdlosen«) Perspektiven wirtschaftlicher Prosperität zu eröffnen versprach. Einem expliziten Bündnis mit bestehenden politischen Parteien ging er ebenso aus dem Weg wie jeder Unterstützung, die ihm seitens der Unternehmerschaft in der Hoffnung auf Gegenseitigkeit angeboten wurde. Sein Kontrahent, Arbeiterführer und PT-Gründer Lula, stand in der Opposition zur *Neuen Republik* ebenso wie zur Militärregierung und war als solcher ebenfalls ein Symbol des Bruchs: Ihm fehlten lediglich 4 Prozent der Stimmen zur erforderlichen absoluten Mehrheit.

## 2.2 Collors Fall

Statt des ersehnten Bruchs blieb es bei der Konsolidierung der alten Machtverhältnisse. Nach den gescheiterten voluntaristischen Versuchen zur wirtschaftlichen Stabilisierung (Collor-Pläne I und II) verfolgte Collor unter einem sozial-liberalen Etikett eine liberal-konservative Modernisierungspolitik.<sup>24</sup> Durch seine letzte Regierungsumbildung im April 1992 verstärkte er die Diskrepanz zwischen dem sozial-liberalen Schein seiner Regierung und dem liberal-konservativen Sein seiner praktischen Politik. Er nahm mehrere Mitglieder der Mitte-Links-Partei PSDB in die Regierungsmannschaft auf, zur Umsetzung der Politik aber ließ er ausgerechnet einen unter den Militärregierungen und in Sarneys *Neuer Republik* überaus einflußreichen Politiker – den heutigen Gouverneur Bahias, Antônio Carlos Magalhães – »zu den mächtigen Männern und Drahtziehern in Brasília«<sup>25</sup> werden. Die Enttäuschung der Collor-Wähler erreichte ihren Höhepunkt als feststand, daß ausgerechnet er, der sich als *Ma-*

23 Albuquerque 1992: 76-77.

24 Wittelsbürger 1992: 5.

25 Wittelsbürger 1992: 5.

*haradscha*-Bekämpfer<sup>26</sup> profiliert hatte, den Einfluß seines Amtes dazu mißbrauchte, um selbst zum Hauptnutznießer eines weitverzweigten Korruptionsnetzes seines Freundes und ehemaligen Wahlkampf-financiers, Paulo César (PC) Farias, zu werden. Mehr als am Parlament scheiterte Collor letztlich an der Ablehnung durch seine eigenen Wähler; denn nur das Schielen auf die am 3. Oktober 1992 bevorstehenden Gemeindewahlen erklärt den rasanten Meinungsumschwung im Abgeordnetenhaus.<sup>27</sup> Nur mit einem Rücktritt konnte Collor schließlich einer endgültigen Amtsenthebung durch den Senat am 29. Dezember 1992 zuvorkommen. Damit entpuppte er sich im Endeffekt als ein weiteres Glied der langen Kette patrimonialer Mißverständnisse der brasilianischen politischen Kultur. Die Enttäuschung der Wähler hatte sich jedoch bereits viel früher in einer rasant absteigenden Zustimmungskurve ausgedrückt (nämlich von 69 % im April 1990 auf 16,3 % im März 1992).<sup>28</sup> Meinungsumfragen vom Oktober 1990 und November 1991 stellten bei den Mittelschichten von sieben Landeshauptstädten einen eklatanten Vertrauensschwund im Hinblick auf die politischen Institutionen fest; am Anteil derjenigen gemessen, die noch den politischen Parteien Vertrauen schenken (7 % im Oktober 1990, 3 % im November 1991), genießen die politischen Institutionen bei den Wenigsten noch Vertrauen;<sup>29</sup> die Regierung Collor selbst hatte sogar einen noch stärkeren Vertrauensverlust zu beklagen (nämlich von einem Anteil von 36 % aller Befragten im Oktober 1990 auf nur 6 % im November 1991), wobei die Zustimmung in Städten und hier vor allem bei Jugendlichen und Wählern mit höherer Schulbildung rasant abnahm.<sup>30</sup>

26 So benannt vor allem wegen der effektvollen Zurückdrängung überhöhter Gehälter in der Justizverwaltung seines Bundesstaates Alagoas, als er dort in der Zeit von 1986 bis 1989 Gouverneur war. *Maharadscha* war ein Synonym für einen korrupten Mandatsträger.

27 Vasconcelos 1993: 12. – Erforderlich für das Mißtrauensvotum waren 336 Stimmen: Zwischen dem 8. und dem 14. September 1992 waren es lediglich 248; 4 Tage nach dem Beschluß des Obersten Bundesgerichtshofs (STF) vom 23.9.1992, der eine namentliche Abstimmung im Parlament festlegte, hatten die Befürworter mit 398 Stimmen die erforderliche Mehrheit bereits weit übertroffen. Als die Abstimmung schließlich fünf Tage vor den Gemeindewahlen stattfand, stimmten 441 Abgeordnete dafür und nur 38 dagegen. Vgl. *Jornal do Brasil*, 29.9.1992, 3; *Veja*, 30.9.1992: 8-11; *Gazeta Mercantil*, 24.9.1992: 1 + 7. In: Almeida-Sedas/Calcagnotto (Red.) (1992): 175, 179, 181.

28 Vgl. *Jornal do Brasil*, 24.11.1991: 4 und *O Estado de São Paulo*, 15.3.1992f: 10.

29 Vgl. *Jornal do Brasil*, 30.11.1991: 3.

30 Auch die Gesamtbevölkerung stand den Politikern ähnlich skeptisch gegenüber: Die auf die Gesamtbevölkerung bezogene Stichprobe des IBOPE-Instituts hatte 1989 für *Politiker* – im Vergleich zu den anderen drei Kategorien der Befragung (*einfaches Volk*, *Gewerkschaftsführer* und *Unternehmer*) – die niedrigsten Zustimmungsindizes ermittelt: Gefragt, ob sie die Politiker für *arbeitsam*, *ehrlich* und *kompetent* hielten, antworteten nur 27 %, 19 % beziehungsweise 32 % positiv, alle anderen Berufsgruppen erhielten höhere Anteile. Vgl. Lamounier 1991a: 112-113.

Mit einem Wahlkampf, der aus der Moralisierung des öffentlichen Lebens ein Zugpferd machte, hatte Collor dazu beigetragen, daß die moralische Meßlatte, an der er selbst gemessen werden würde, noch höher gelegt wurde.<sup>31</sup> Der Raum für außergerichtliche Lösungen politischer Probleme ist nicht zuletzt aufgrund von Collors modernisierendem Diskurs in der Öffentlichkeit erheblich enger geworden: Seit seiner Amtsübernahme im März 1990 wurden beim Generalbundesanwalt der Republik zahlreiche Korruptionsfälle, zumeist der Bundesverwaltung, angezeigt.<sup>32</sup> Damit kann Collors Fall als Ergebnis des Zusammentreffens zweier Faktoren gewertet werden: einerseits die politische Isolierung, die mit seinem Aufstieg als moralisierender und modernisierender *outsider* zusammenhängt, andererseits die politische Mobilisierung der öffentlichen Meinung, einschließlich des *intermediär politisierten Publikums*, das auf die universelle Anwendung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten pochte.<sup>33</sup> Auch in diesem Sinne stellt sein Rücktritt vom Amt des Staatspräsidenten einen erheblichen Sieg für die demokratischen Werte der brasilianischen politischen Kultur dar.

### 3. Der Wertewandel bei den Eliten

Eine gewisse Bestätigung für einen neuen Kurs mag man in der Änderung des Selbstverständnisses der Eliten sehen, wie jüngste Meinungsumfragen belegen.<sup>34</sup> Die bisherigen Regierungen (1930-1985) seien zwar bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere auch der privaten nationalen Unternehmen erfolgreich gewesen, nicht jedoch beim Abbau der sozialen und regionalen Ungleichgewichte.<sup>35</sup> Die Befragten waren sich in der Mehrheit der Gefahr bewußt, die in der

31 Weyland 1993: 21. – Ein hohes *Rechtsbewußtsein* in allen Bildungsschichten wurde von einer repräsentativen Umfrage des brasilianischen Meinungsforschungsinstituts IBOPE im April 1991 festgestellt. Danach glauben zwar 82 % aller Befragten, daß »in Brasilien die Gesetze nur dazu da sind, die Mächtigen zu begünstigen«. 78 % sind trotzdem mit der Aussage einverstanden, daß »ein Gesetz unabhängig von der eigenen diesbezüglichen Meinung eingehalten werden muß«. Vgl. Lamounier 1992: 105.

32 Vgl. *Jornal do Brasil* 31.3.1992: 5.

33 Weyland 1993: 24.

34 Dies wurde im Rahmen einer vom *Institut für Ökonomische, Soziale und Politische Studien von São Paulo*, IDESP, durchgeführten Meinungsumfrage zwischen Dezember 1989 und Juni 1990 ermittelt und analysiert (Lamounier/Souza 1990). Dabei wurden 450 Personen aus 8 Sektoren der brasilianischen *Eliten* interviewt: Großunternehmer und Meinungsführer aus dem Kreis der Klein- und Mittelunternehmer, Gewerkschaftsführer, einflußreiche Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen, Intellektuelle (Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftler), Medienvertreter, Politiker (Senatoren, Bundesabgeordnete und etliche Mitglieder der Zentralregierung sowie der Legislative auf Landes- und Gemeindeebene), Militärs (Marine und Luftwaffe), hohe Beamte und öffentliche Angestellte.

35 Lamounier/Souza 1990: 6.

Fortdauer der sozio-ökonomischen Ungleichheit liegt. Der erhebliche Abbau von Staatsunternehmen in wichtigen Bereichen wurde begrüßt. Die Mehrheit der Eliten hielt die neue Verfassung von 1988 zwar in ihrem Wirtschaftsteil für schlecht, aber für gut im Hinblick auf den Fortschritt des demokratischen Systems und für mäßig gut hinsichtlich des Abbaus sozialer Ungleichheiten. Zu zwei Dritteln befürworteten sie den Parlamentarismus (nur knapp die Hälfte der Militärs). Die Unternehmerschaft distanziert sich zunehmend »vom Bild eines staatlich gegängelten Unternehmertums, das von autoritären Regierungen sowohl wirtschaftliche Vorteile als auch den sozialen Frieden gesichert bekam«<sup>36</sup>, selbst in den Sektoren der nationalen Industrie.

Durch die Verfassung von 1988 erheblich aufgewertet, konnte sich das *Parlament* unter Collors *imperialen* Stil in seine neue institutionelle Rolle (zum Beispiel als Haushaltswächter) erst allmählich hineinfinden. Für das Parlament besonders heikel war, daß es just in jenem Augenblick gegen den amtierenden Präsidenten vorgehen mußte, als sich eine grundlegende inhaltliche Übereinstimmung zwischen Präsident und Kongreß im Hinblick auf alle wesentlichen Punkte der wirtschaftlichen Modernisierung abgezeichnet hatte.<sup>37</sup> Für eine Beschleunigung der lateinamerikanischen Integration sprachen sich vier von fünf Parlamentariern aus (80%), für einen Abbau der staatlichen Intervention in die Wirtschaft zwei von drei (67%) und für den Abbau von Restriktionen gegen Auslandsinvestitionen fast jeder zweite (48%); sogar für die *ultraliberale* Haltung (Einschränkung der Staatsfunktionen auf die klassischen Gebiete wie Sicherheit, Erziehung und Justiz) sprach sich fast die Hälfte der Kongreßmitglieder aus (46%). Für die Präsenz von Staatsunternehmen in Wirtschaftsbereichen fand sich im Kongreß keine Mehrheit mehr. Und für einen Abbau des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst – wichtige Voraussetzung für die von Collor angestrebte Verwaltungsreform – sprachen sich fast neun von zehn Parlamentariern aus.<sup>38</sup> Die Parlamentsmitglieder waren sich aber auch gegenüber sozialen Risiken der anhaltenden Wirtschaftskrise durchaus bewußt. Bemerkenswerte Einsichten unter den Parlamentsmitgliedern förderte die Frage nach möglichen Wegen zur Armutsbekämpfung und zum Abbau der Einkommenskonzentration zutage. Es fand sich sogar eine knappe Mehrheit für die seit Jahrzehnten verlangte und immer wieder aufgeschobene Agrarreform; deutliche Mehrheiten enthielten zudem ansonsten so kontroverse Punkte, wie beispielsweise öffentliche Programme zur Arbeitsplatzbeschaffung, zur Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, zum Abbau von indirekten Steuern, zur Unterstützung von Kleinstunternehmern, zur progressiven Besteuerung von ungenutztem Grundbesitz

36 Lamounier 1991b: 15.

37 Vgl. die nach Regionen und Parteizugehörigkeit repräsentativ gegliederte Meinungsumfrage des IDESP bei 406 der insgesamt 584 Parlamentarier, durchgeführt Ende 1991, in: Lamounier Souza 1991.

38 87 %. Für Kürzungen bei Erdöl 44 %, Straßenbau 41 %, Strom 38 % und Telekommunikationen 34 %.

und zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Wirtschaftswachstum. Im Hinblick auf die Umweltpolitik sprach sich freilich eine deutliche Parlamentsmehrheit gegen jede Einschränkung der nationalen Souveränität im Zusammenhang mit dem Schutz Amazoniens aus. Im übrigen hielt nur jeder Sechste die Vereinbarkeit von Ökologie und wirtschaftlicher Entwicklung für schwierig, kaum einer für unmöglich.